

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnnummer 25 Pf. Durch Abnehmer 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Verlagskonto Nr. 23 885. Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Friedrichstraße 107. Fernsprechkennzeichen: Ring Nr. 2327.

Sonnabend, den 28. Mai 1921

Anzeigenpreis: Die 5 gezeichnete Mittelzeile ober dem Raum 0,30 Mk. darunter 0,20 Mk. Stellen- und Wohnungswerbung, Familiennachrichten, Verlosungen und Verlosungsaussagen 0,40 Mk. Rechts: Die Mittelzeile, 3 gezeichnet ober dem Raum im Satz 1.- Mk.

Der Streik im Waldenburger Revier

Die Folgen der nun perfekt gewordenen „Verständigung“ zwischen der deutschen Bourgeoisie und den Entente-Kapitalisten beginnen sich schon jetzt mit aller Deutlichkeit zu zeigen. Die deutschen Kapitalisten, die sich bereit erklärt haben zur Annahme des von dem streikreichen Entente-Konkurrenten gestellten Ultimatum, ergreifen ihre Maßnahmen, um bei dem ihnen übertragenen Ausbeutungsgeschäft des deutschen Proletariats auch ihrerseits einen ge.örigen Zwischenverdienst herauszuwirtschaften.

Die deutschen Arbeiter sollen in Zukunft nicht allein für die deutschen Kapitalisten fronden, sondern sollen sich auch noch von den Banditen des Entente-Kapitals bis zum Weißbluten auspressen lassen.

Um diese Absichten in die Tat umzusetzen, gehen die deutschen Unternehmer auf der ganzen Linie zum Angriff über. Rücksichtslos vertreten sie ihre Interessen, schließen ihre Betriebe, wenn der gewohnte Profit nicht mehr herauszuwirtschaften geht und werfen die Arbeiter auf die Straße, unbekümmert um die ins Riesige steigende Zahl der Arbeitslosen.

In dieser Linie der Entwicklung liegt auch das Vorgehen der Grubengewaltigen im niederschlesischen Kohlenrevier.

Seit Monaten stehen die niederschlesischen Bergarbeiter mit dem Unternehmerpack im härtesten Kampf. Aber bis heute haben die Grubenbarone brutal jedes Entgegenkommen abgelehnt. Ihr arbeiterfeindliches Verhalten hat die Bergarbeiter nun gezwungen, mit Hilfe des Streiks sich ihre Rechte zu erkämpfen.

Seit Dienstag steht der gesamte niederschlesische Bergbau einschließlich des Neuroder Bezirks still. Der Streik hat sich mit einer nicht zu erwartenden Schnelligkeit ausgedehnt. Und dabei ist bemerkenswert, daß gerade die Gruben, die bei der Urabstimmung im März nur mit 35 bis 40 Prozent sich für den Streik entschieden, am Montag die ersten waren, die geschlossen in den Streik traten.

Dem Streik haben sich jetzt auch die über Tag arbeitenden Metallarbeiter angeschlossen, so daß jetzt schon über 50 000 Arbeiter im Streik stehen.

Die Ursachen zum Streik liegen schon fast 9 Monate zurück. Bereits im März dieses Jahres stand der Streik dicht bevor. Ein Schiedspruch kam schon damals nicht zustande.

Den Gewerkschaftsführern aber gelang es noch einmal mit Hilfe ihrer samosen Arbeitsgemeinschaft, die Arbeiter einzuseifen und vom Streik abzuhalten. Den Arbeitern wurde etwas von der „schwer geprüften Heimatprovinz“ vorerzählt, der man nicht noch mehr wirtschaftliches Leid zufügen könne und sie begnügten sich wieder und erüfteten sich mit Gebuld.

Die Kreisbehörden wurden um Vermittlung angerufen, aber die Profitjäger lehnten jede Verhandlung brutal ab. Auf ein Verständnis für die „schwer geprüfte Heimatprovinz“ piff das Unternehmerpack. Sie wollten, daß die Arbeiter völlig zu Kreuze kriechen, gänzlich verflaunt werden sollten.

Am 18. d. Mts. wurde ein neuer Schiedspruch gefällt, der aber am Sonnabend einstimmig von den Betriebsräten und Vertrauensleuten abgelehnt wurde.

Die Bergarbeiter verlangen für alle Belegschaftsmitglieder eine Schichtzulage von 10 Mark. Das Schiedsgericht, das natürlich nur die Interessen der Unternehmer zu vertreten hat, schlug eine Zulage von 65 Pfennigen vor, die aber auch nur den verheirateten Arbeitern zugute kommen soll.

Dieser Schiedspruch war natürlich ein Schlag ins Gesicht der Grubenarbeiter. Die Erregung war eine derart ungeheure, daß auch brave SPD.-Arbeiter das Urteil ihrer Führer nicht abwarteten und sich sofort dem Streik anschlossen. Der Verbandsleitung blieb nach eintem Streik nichts anderes übrig, als diesen „wilden Streik“, wie ihn heute noch die rechtssozialistischen Blätter Schlesiens nennen, anzuerkennen.

Die SPD.-Bonzen, denen an der Führung dieses Streikes wenig gelegen ist, da sie jetzt schon mit Graufen die Radikalisierung ihrer eigenen Arbeiter feststellen müssen, rufen erneut Regierungsvertreter zu Hilfe, die ja auch bereits in das Streikgebiet abverlangt sind.

Von rechtssozialistischer Seite wird natürlich alles versucht, die Arbeiter von dem bösen Streik abzubringen. In den schwärzesten Farben werden die Folgen eines Streiks gezeichnet. Die Kohlenversorgung Breslaus werde bedroht und Krankenhäuser würden sehr bald kein Gas und keinen elektrischen Strom mehr haben. Damit will man an das menschliche Gefühl der Arbeiter appellieren, will die Bevölkerung bei der indifferznten Bevölkerung herabschleichen und vergiftet natürlich dazu sagen, daß für alle diese Folgen nicht die Arbeiter, sondern die Grubenbarone verantwortlich zu machen sind.

Es gibt genug Kohlen auf den Halben. Die Unternehmer sabotieren aber mit Absicht den Abtransport, um die „öffentliche Meinung“ gegen die Bergleute aufzubringen.

Gegen den Ausschluß der Kommunisten aus den Arbeiterwehren!

Nachdem gewaltige Massenversammlungen, die die Kommunistische Partei in den letzten Tagen in ganz Schlesien gegen die neuen Kriegsvorbereitungen der Orgeß-Banditen einberufen hatten, auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter die Augen über die drohende Gefahr eines neuen Krieges geöffnet hatten und die gesamte Arbeiterschaft die Bewaffnung gefordert hatte, hat es das Breslauer Gewerkschaftskartell endlich für nötig gefunden, die Bildung einer Arbeiterwehr vorzubereiten.

In den Betrieben gingen Listen herum, in die sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eintragen sollten, die bereit wären, mit der Waffe in der Hand den Orgeß-Banditen gegenüber zu treten.

Als unsere Genossen sich ebenfalls in diese Listen eintragen lassen wollten, wurde ihnen gesagt, daß auf Beschluß des Kartells keine als Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei bekannte Kollegen in die Arbeiterwehr aufgenommen werden dürfen.

Gegen eine solche und aller proletarischen Solidarität hohnsprechenden Maßnahme haben in verschiedenen großen Betrieben die sozialdemokratischen Arbeitskollegen selbst sofort Front gemacht.

Und das war recht so!

Sozialdemokratische Genossen und Arbeitsbrüder!

Ihr werdet Euch d er Tage erinnern haben, als während des Rapp-Putschs unabhängige und kommunistische Arbeiter mit Euch in Reih und Glied mit der Waffe in der Hand gegen die Rappverbrecher kämpften.

In der Stunde der gemeinsamen Gefahr gibt es keine Trennung mehr zwischen den Arbeitern.

Wenn es zum Kampf geht gegen die uns alle bedrohende Reaktion, haben wir alle fest zusammenzuhalten. Gerade in den Stunden der gemeinsam gestellten Gefahr zeigte sich bis jetzt die von uns allen erstrebte Einigkeit des Proletariats immer am schönsten.

Diese Einigkeit des Proletariats wird aber schon im voraus auf das erbärmlichste sabotiert, wenn die Gewerkschaftsführer jetzt schon, wo dieser Kampf noch gar nicht begonnen hat, den Spaltspiz der Uneinigkeit in die Arbeiterklasse hineintragen.

Sozialdemokratische Genossen und Arbeitsbrüder, Ihr habt recht gehandelt, wenn Ihr Euch gegen eine solche Sabotage der proletarischen Einheitsfront gewendet habt. Das gesamte deutsche Proletariat erwartet so schwere und entscheidende Tage, daß von keiner Seite Uneinigkeit in unsere Reihen getragen werden darf.

Gegenüber den offenen und unverschämten Vorbereitungen der Orgeß, die sich weniger gegen den „politischen Feind“ richten, als vielmehr gegen die Gesamtheit der deutschen Arbeiterschaft, ist es unbedingt nötig, daß sich eine kampfbereite Einheitsfront des Proletariats bildet.

Wendet Euch daher überall, in allen Betrieben, gegen den unproletarischen Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskartells.

Der Kampf gegen die lauernden Mordbanditen der Orgeß kann nur gewonnen werden, wenn alle Arbeiter fest zusammenhalten, wenn alle Arbeiter bewaffnet sind.

Dieser Beschluß des unter rechtssozialistischer Führung stehenden Breslauer Kartells, kommunistische Arbeiter nicht zu bewaffnen, muß Euch aber doch noch einiges zu denken geben.

Zu dem Rapp-Putsch ins Gedächtnis zurückzurufen!

Damals waren es die Kommunisten und Links-Unabhängigen, die den Arbeitsbrüdern dazu rieten, die Waffen nicht abzugeben, sondern sie zu behalten, bis die reaktionäre Gefahr wirklich für immer beseitigt sei.

Ihr ließt Euch aber von den Legien und Dittmann beschwägen. Ihr glaubtet dem Bielefelder Abkommen und die Folge war ein massenweises Abschlagen der Arbeiter, die mit der Waffe in der Hand die Ebert-Republik beschützt hatten.

Die reaktionäre Gefahr war natürlich noch lange nicht gebannt. Sie wuchs und wurde täglich frecher, bis wir heute wieder am Vorabend eines neuen Rapp-Putschs stehen.

Wieder einmal bekommen die Führer, die erst mit der Reaktion durch dick und dünn gegangen sind, Angst vor ihren Kumpanen. Und wieder rufen sie die Arbeiter zu Hilfe, die den Kampf aufnehmen sollen gegen die Orgeß-Verbrecher.

Aber diesmal sozialdemokratische Genossen und Arbeitsbrüder, das habt Ihr uns selbst oft genug im Betrieb versichert, wird nicht wieder so gnädig mit den Hallunken umgesprungen.

Diesmal wird ganze Arbeit gemacht!

Diesmal legen die Arbeiter die Waffen nicht eher aus den Händen, bevor nicht der verbrecherische Wille der Reaktionäre für immer gebrochen ist, bevor nicht die Macht der Arbeiter für immer gesichert ist.

Ein zweites Mal werden sich die Arbeiter nicht wieder die Waffen aus den Händen parlamentieren lassen.

Jetzt bleiben die Waffen den Arbeitern! Die reaktionäre Gefahr ist riesengroß. Sie wächst mit jeder Stunde. Morgen schon kann die auf der Lauer liegende Orgeß-Bestie ihre Tagen nach deutschen Arbeitern austrecken.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf also auch nicht bei dem Eintragen in die Listen bleiben. Mit der Bewaffnung des schlesischen Proletariats muß ernst gemacht werden.

In den Betrieben muß mit aller Energie darauf gedrängt werden, daß dem Beschluß auch die Tat folgt. Morgen schon kann es zu spät sein. In ganz Schlesien laufen bürgerliche Studenten und Gymnasiasten bis unter die Zähne bewaffnet herum, prügeln harmlose Arbeiter und fürchten sich auch vor sozialdemokratische Redakteure nicht.

Es wird höchste Zeit, daß auch die Arbeiter das Gewehr in die Hand bekommen!

Die Frechheiten der Orgeßmänner sind wahrlich nicht mehr zu übertreffen. Ihnen muß endlich die gehörige Antwort gegeben werden.

Arbeiter und Genossen, drängt in den Betrieben darauf, daß alle Arbeiter in die Arbeiterwehren aufgenommen werden, fordert die sofortige Bewaffnung, nehmt den Kampf auf mit den Orgeß-Banditen, mit der gesamten Reaktion!

Die großen Halberbestände rühren vor allem daher, weil durch die Preispolitik der Unternehmer die niederschlesische Kohle bedeutend teurer ist, als die Ruhrkohle.

Die Regierungsvorteiler, die mit den Bergleuten verhandeln, suchten mit einem plumpen Bauerntrick die Arbeiter vom Streik abzubringen. Die Bergleute sollten nämlich bis zum 1. Juli unter den jetzigen Bedingungen weiterarbeiten. Am 1. Juli werde die Kohlensteuer um 50 Prozent herabgesetzt. Die Regierung will nun die Steuer wie bisher einziehen und aus diesen Beträgen den Bergleuten eine Erhöhung gewähren.

Diesem Wechsel auf lange Sicht lehnten aber die Streikenden dankend ab.

Dieser Vorschlag aber charakterisiert die sogenannte Volksregierung nicht die Grubenkapitalisten, die Profiteure erwuchern, sollen den Bergarbeitern die Lohnerrhöhung zahlen, nein, die kleinen Steuerzahler sollen den „armen“ Grubenbaronen unter den Arm greifen.

Die Grubengewaltigen zeigen auch jetzt noch keinerlei Entgegenkommen. Eine für Dienstag von den Streikenden verlangte Verhandlung haben sie als „nicht gewünscht“ abgelehnt.

Gegenüber diesem unzulänglichen Verhalten der Werksbesitzer haben die Streikenden mit dem Einstellen der Rohstandsarbeiten gedroht.

Aber auch damit haben die Fuchenbarone schon gerechnet. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, steht die deutsche Nothilfe bereits alarmbereit. Sollte diese

Streikbrechergarde eingesetzt werden, so wäre es mit der Ruhe und Ordnung im Revier vorbei. Die Bergleute haben keine Lust, sich noch mehr provozieren zu lassen.

Bergeblisch wird auch die rechtssozialistische „Bergwacht“ an das Verständnis und die Einsicht der Grubenherren appellieren.

Diese Schurken lassen lieber die Gruben verkaufen und alarmieren auch noch die Sipo, ehe sie von ihrem profitierendem Standpunkt abrücken.

Die Bergleute werden sich aber durch alle diese Maßnahmen und Drohungen nicht einschüchtern lassen. Sie werden den aufgezwungenen Kampf aufnehmen und nicht ein zweites Mal auf halbem Wege stehen bleiben.

Von den Kapitalisten haben sie keine Gnade zu erwarten, sie werden sich also ihr Recht erkämpfen müssen. Die streikenden Bergarbeiter werden sich aber auch nicht durch herbeigeholte Regierungsvorteiler und die Gewerkschaftsführer, wenn sie sich als Handlanger des Kapitals aufführen, betören lassen.

Sie werden an den aufgestellten Forderungen festhalten und darüber hinaus zu der Erkenntnis kommen müssen, daß der Kampf mit dem Unternehmerrückgang nur dadurch für immer ein Ende finden kann, daß das Proletariat selbst die Macht an sich reißt und sich das nimmt, was sein eigentliches Eigentum ist: die Fabriken, der Grund und Boden, die Bergwerke.

Der Unternehmerrückgang, der Diktatur der Kapitalisten, muß der revolutionäre Kampf, muß die Diktatur des Proletariats entgegengesetzt werden.

Das Werkkapital geht zum Angriff über

Produktionsfabrikation mit Lohnherabsetzung und Arbeiterentlassungen.

Durch Annahme des Londoner Ultimatus wird das deutsche Wirtschaftsleben mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belastet.

Es wäre verkehrt, wollte man darin nur einen bösen Willen des Unternehmertums sehen. Die tiefere Ursache liegt in dem Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft.

Jeder Tag bringt neue Meldungen über brutale Willkürakte des Unternehmertums. Nach der Kampfanfrage des Kapitals in der mitteldeutschen Kalt- und chemischen Industrie kommt die Schichauwerft in Elbing, dem folgt jetzt die Weserwerft in Bremen.

Der Reichstag hat dem Reederei- und Werkkapital 12 Milliarden Mark angeblich zum Wiederaufbau der Handelsflotte bewilligt. Es wurde damals von Regierungsvertretern gesagt, daß die Bewilligung dieser Riesensummen eine produktive Erwerbslosenfürsorge darstelle.

In einer von dreihundert Vertrauensleuten der A.G. „Weser“ besuchten Sitzung gab der Betriebsrat einen Bericht über die außerordentlich ernste Situation.

Weiter sollen in den Abteilungen der Lokomotiv- und Wagonreparaturen Akkordkürzungen in Höhe von 10 Prozent vorgenommen werden. Die anwesenden Vertreter des Deutschen Metallarbeiter- und Holzarbeiter-Verbandes wurden von den Vertrauensleuten aufgefordert, ihre Stellungnahme zu dem Vorschlag der Werkkapitalisten zu präzisieren.

Die Arbeiter der Schichauwerft waren seit der großen Auswertung im Jahre 1920 gezwungen, unter Löhnen zu arbeiten, die um 1-1,20 M. hinter den Stundenlöhnen der übrigen Arbeiter der Eisenindustrie des

Ostens zurückblieben. Ungelernte Arbeiter wurden mit einem Stundenlohn von 2,70 M. abgepeitscht. Mancher Familienvater hatte einen Wochenverdienst von sage und schreibe 125 M. Weil die Direktion den Forderungen der Arbeiterschaft um Lohnherabsetzung durch endlose Verhandlungen immer wieder auswich, unterstützte die erregte Arbeiterchaft ihre Vertreter bei erneuten Verhandlungen durch eine Demonstration.

Man kann gespannt sein, wie sich die Gewerkschaftsvorstände gegenüber all den Vorkommnissen stellen werden. Glaubt z. B. der Vorstand des DWA, gegenüber diesem Unternehmerrangriff mit der „Ausfindigmachung“ neuer Methoden der wirtschaftspolitischen Beobachtung der Produktion („Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 21) auszukommen, oder wird er endlich begreifen, daß hier die Tat entscheidet?

Die Kommunisten haben immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Macht der Gesamtarbeiterschaft einzusetzen. Das wurde von den Gewerkschaftsbürokraten als „kommunistische Phrasen“ und anderes mehr bezeichnet.

„Für die Arbeiter ergibt sich aus der geschaffenen Lage die Wahl, entweder Hunger, Not, steigende Preise, sinkende Löhne, verlängerte Arbeitszeit, Sterben der Kinder, vollständige physische Erschöpfung, Unterdrückung und Qualen aller Art, oder eine geschlossene Kampffront, ohne Unterschied der Richtungen, für die aufgestellten Forderungen und deren Verwirklichung.“

Wir sehen, auch die Arbeiterchichten, die seit Jahren von allen möglichen Arbeiterverrättern irreführt wurden, kommen unter dem Zwang der Verhältnisse zu Schlussfolgerungen, die den aufgestellten Forderungen der Kommunisten im Wesen gleichkommen.

Die tschechische Bergarbeiterbewegung

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik erklärt kategorisch, daß der Preisabbau nicht durch Lohnreduzierungen zu erzielen ist, sondern der Lohnherabsetzung voranzugehen hat.

Die Reichskonferenz fordert daher die Bergarbeiter auf, allen Versuchen der Bergwerksbesitzer, die Löhne herabzusetzen, Widerstand entgegenzusetzen.

Die Reichskonferenz verlangt ferner unverzüglich Errichtung der im Betriebsratgesetz vorgesehenen paritätischen Arbeitsvermittlungstellen als Zwangsarbeitsnachweis.

Kapitalistische Anarchie und Abwehrkämpfe der Arbeiter.

Die ungeheure Weltwirtschaftskrise, die sich von Tag zu Tag verschärft, veranlaßt die Kapitalisten zu einer allgemeinen Offensive gegen das Proletariat. Sie versuchen die katastrophalen Folgen dieser Krise auf die Arbeiter abzumwälzen durch Stilllegungen, Arbeitsverkürzung und eine allgemeine Lohnreduktion.

Die Vereinigten Staaten. Der Streik der Seeleute in Amerika dauert jetzt 3 Wochen und ist noch nicht zu Ende.

Die Bemannungen der auf den großen Seen verkehrenden Dampfer haben sich damit einverstanden erklären müssen, eine Lohnherabsetzung um 20 bis 25 Prozent anzunehmen.

Neufundland. Die Dockarbeiter, die seit dem 2. Mai streikten, haben auf ein Kompromiß einzuweichen müssen.

1200 Arbeiter der Grand Falls Paper Mills streikten wegen Lohnherabsetzung.

Die Verelendung der Fischereibevölkerung nimmt täglich zu. Die neufundländische Regierung hat beschlossen, eine halbe Million Dollars Untersuchungsgelder auszugeben.

Norwegen. Der Streik der Seeleute wächt sich durch Beschluß des Exekutivkomitees der nationalen Vereinigung zum Generallstreik aus, dessen Beginn für den 26. Mai festgesetzt ist.

Belgien. Die Ergebnisse der letzten Woche zeigen deutlich, daß in Belgien Arbeiterschwierigkeiten bestehen. Die Eisenbahner drohen mit Streik, weil die Regierung nicht hinreichend auf ihre Forderungen eingegangen ist.

Die Bergarbeiter haben beschlossen, nur 6 Tage in der Woche zu arbeiten, da 5 Schichten in der Woche ausreichen, den Kohlenbedarf Belgiens in jeder Beziehung zu decken.

Das englische bürgerliche Blatt bringt diese Nachrichten in dieser Vollständigkeit nur, um seine Leser über die ungeheure Tragweite des Streiks im eigenen Lande hinwegzulassen.

„Der Außenhandel hat vollständig aufgehört, ausländische Abnehmer lehnen natürlich die Zahlungen von Raten auf eingegangene Lieferungsverträge ab, da sie zu erheblich niedrigerem Preise am Kontinent kaufen können.“

„Der Außenhandel hat vollständig aufgehört, ausländische Abnehmer lehnen natürlich die Zahlungen von Raten auf eingegangene Lieferungsverträge ab, da sie zu erheblich niedrigerem Preise am Kontinent kaufen können.“

Kommunistischer Sieg im französischen Eisenbahnerverband.

Aus Paris wird gemeldet: Der Konvent des Eisenbahnerverbandes in Chouars hat mit 11 900 Stimmen gegen 10 800 eine kommunistische Resolution angenommen, die sich gegen die gewerkschaftspolitische Politik der Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes erklärt.

Der Sozialismus in Japan

Die sozialistische Bewegung in Japan hat sich erst seit etwa 30 Jahren entwickelt. Japoneser, die ihrem Studium in Europa und Amerika nachgegangen waren, waren dort mit sozialistischen Ideen und Gedankengängen bekannt geworden.

Die japanische Gesetzgebung gestattet, Menschen, gegen die kein anderer Verdacht vorliegt als der, daß sie Sozialisten seien, zu arretieren und 24 Stunden in Haft zu behalten, um sie zu hindern, in dieser Zeit etwas Böses zu tun.

Die japanische Gesetzgebung gestattet, Menschen, gegen die kein anderer Verdacht vorliegt als der, daß sie Sozialisten seien, zu arretieren und 24 Stunden in Haft zu behalten, um sie zu hindern, in dieser Zeit etwas Böses zu tun.

Die japanische Gesetzgebung gestattet, Menschen, gegen die kein anderer Verdacht vorliegt als der, daß sie Sozialisten seien, zu arretieren und 24 Stunden in Haft zu behalten, um sie zu hindern, in dieser Zeit etwas Böses zu tun.

Die japanische Gesetzgebung gestattet, Menschen, gegen die kein anderer Verdacht vorliegt als der, daß sie Sozialisten seien, zu arretieren und 24 Stunden in Haft zu behalten, um sie zu hindern, in dieser Zeit etwas Böses zu tun.

Die japanische Gesetzgebung gestattet, Menschen, gegen die kein anderer Verdacht vorliegt als der, daß sie Sozialisten seien, zu arretieren und 24 Stunden in Haft zu behalten, um sie zu hindern, in dieser Zeit etwas Böses zu tun.

Vom roten Mostau bis zum schwarzen Meer

13) Von Max Barthel

Vor diesem Haus sammelte sich die ganze verstümmelte Stadt und die Menschen schrien und klagten und weinten.

Es war ein schöner Tag und die Sonne stand hoch und heiß am Himmel. Angelica Balabanowa, die leidenschaftliche Russin mit dem Herzen der Südländerin stand über dem traurigen Meer dieser gequälten Menschen, und in ihrer Stimme war Blic und Donner und Regenbogen.

Auf dem Wege nach dem Bahnhof begleitete mich ein jüdischer Genosse, ein Arbeiter. Er sagte: „Als da waren die Kosaken, wurden verfolgt die Juden und die Kommunisten.“

Die Eisenbahner der Station Sastow erzählten, daß Denitin an der Bahnlinie alle Wasserreservoirs gesprengt und die Waggons verbrannt habe.

10 Kapitel: Nach Odessa und in Odessa.

Die Landschaft ist friedlich, Feld an Feld. In Winiza ist wieder feierliche Begrüßung. Winiza ist eine kleine Stadt, die furchtbar im Bürgerkrieg gelitten hat.

Lange Zeit waren die Eisenbahnen die großen Infektions- und Verbreitungserde. Die Sowjetmacht führte einen erbitterten Kampf gegen den Schmutz und gegen die Mäuse.

Der Kampf gegen die Seuchen hat ebenso viele Opfer gefordert, wie der Kampf gegen Krasnow, Denitin und das polnische Räuberheer.

Lehentlich wie in Kremenitschuk haben auch hier die Eisenbahner beschlossen, einen ganzen Monatsstreik für die revolutionären Eisenbahner des Westens abzuführen.

Weißbrot — im Freihandel, einhundertfünfzig Rubel.

Die Brücke über den Bug ist eine Holzbrücke die eiserne liegt gesprengt im Fluß. Vor Smerinka kilometerlange Stelette ausgebrannter Eisenbahnwagen und zerstörter Lokomotiven.

Die Landschaft ist behaglich und mit Laubwald bestanden, links und rechts der Bahn gar bebauter Felder, viel Vieh und Obst.

Die Landschaft um Odessa ist flaches Land mit schwarzer Erde und Büffelherden, abgeernteten Weizenfeldern, großen Weizenbäuden und großen Feldern von Sonnenblumen und Melonen.

Vom Bahnhof fahren wir sofort zum Schwarzen Meer. Die See erinnert leicht an die Bucht von Neapel nach Sorrent zu Wirbeln und die Götter und Halbgötter der kommunistischen Internationale enthielten sich aus ihren Kleidern und sind als nackte Menschen nicht mehr als Errata, der Anführer der italienischen Delegation, nicht mehr als Mikitsch, der Vertreter Jugoslawiens, nicht mehr als Münzenberg, vom Exekutivkomitee der kommunistischen Jugendinternationale, nicht mehr als Samatter aus Basel und Bolzano aus Rom zu erkennen, sie sind genau so Unbekannte, wie die vielen Tausend, die rechts von uns den Strand und das Meer paradiesisch bewässern.

(Fortsetzung folgt)

